Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7142**

14. Wahlperiode 16. 10. 2001

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Dehnel, Günter Nooke, Klaus Brähmig, Kurt-Dieter Grill, Josef Hollerith, Dr.-Ing. Rainer Jork, Werner Kuhn, Hans Michelbach, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Gerhard Schulz, Margarete Späte und der Fraktion der CDU/CSU

Konsequenter Ausbau der Schienenwege – Erhöhung der Planungskapazitäten der Deutsche Bahn AG

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

auf die Deutsche Bahn AG einzuwirken, die als Haushaltsmittel zur Verfügung stehenden Mittel auch für den vollständigen Ausbau und Erhalt des Bahnnetzes einzusetzen. Es darf wegen der in den letzten Jahren zurückgefahrenen und jetzt fehlenden Planungskapazitäten bei der Deutsche Bahn AG nicht zu Bremswirkungen bei den Investitionen kommen. Medienberichten zu Folge, können in diesem Jahr 3 Mrd. DM der zur Verfügung stehenden Zuschüsse nicht verbaut werden.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, alles dafür zu tun, dass die in der Planung schon vorangetriebenen Projekte wie Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8, Mitte-Deutschland-Schienenverbindung, Sachsen-Franken-Magistrale in den neuen Bundesländern schneller vorangebracht werden.

Die Frist für den Einsatz der so genannten Altlasten-Mittel zur Angleichung des Ausbaustandes der Schienenwege in den neuen Ländern ist über das Jahr 2002 zu verlängern. Diese „Altlasten-Mittel“ müssen verstärkt auch in die Streckennetze fließen können, die die Deutsche Bahn AG an Privatanbieter veräußern will bzw. die an Privatanbieter veräußert werden sollen. Die entsprechende Gesetzesänderung ist von der Bundesregierung zügig anzugehen.

Generell sind die Planungs- und Ausbauinvestitionen der Deutsche Bahn AG auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung deutlich anzuheben und zu verbessern, insbesondere grenzübergreifende Strecken nach Tschechien (z. B. Zwickau–Karlsbad–Prag) und nach Polen sind zu forcieren.

Dem Nichtausschöpfen von Bundesmitteln beim Infrastrukturausbau in den neuen Bundesländern durch die Deutsche Bahn AG muss Einhalt geboten werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder, Staatsminister Rolf Schwanitz, soll dazu verstärkt den Dialog mit den Fachministern auf Bundes- und Landesebene sowie mit der Deutsche Bahn AG führen, um die Ausbauplanungen der Schienenwege im Vorfeld der EU-Osterweiterung voranzutreiben.

Berlin, den 16. Oktober 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333